

E 5604

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift
für die Bediensteten des
Justizvollzugs

DER VOLLZUGS- DIENST



Justizvollzugsanstalt Aichach

Lesen Sie im Facheil dieser Ausgabe:

Entwicklung des japanischen Jugendgesetzes

1

Februar 2009

Tarifrunde 2009

Der Kampf hat begonnen!

Wir schreiben den 4. Februar 2009. Draußen ist es nass-kalt und richtig ungemütlich, kein Wetter, um sich lange außerhalb der wohlig warmen Wohnungen aufzuhalten. Doch heute ist alles anders. Die Kampfansage der öffentlichen Arbeitgeber ist bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angekommen. Mehr als 5.000 Demonstranten haben sich trotz der widrigen äußeren Bedingungen nicht abschrecken lassen und sind nach Düsseldorf gekommen, um ihrem Frust, ihrer Verbitterung lautstark Luft zu machen. Gründe gibt es genug. Die Tarifverhandlungen kommen nicht vom Fleck. Die Arbeitgeber haben nicht einmal ein Verhandlungsangebot unterbreitet. Obwohl die Sparmaßnahmen der zurückliegenden fünf Jahre die Gehälter im öffentlichen Dienst um über zehn Prozent reduziert haben, spielt die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf Zeit. Augenscheinlich versucht sie, die schlechte wirtschaftliche Lage zu nutzen, um den Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesländer erneut die längst überfällige Einkommensanpassung vorzuenthalten. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wollen sich aber diesmal nicht schon wieder als Objekt der politischen Haushaltssanierer missbrauchen lassen.



Frank Stöhr, Chef der dbb tarifunion, stellte den Politikern die Frage nach ihrer Glaubwürdigkeit: „Schlimmster Populismus ist es aber, davon zu reden, wir müssten den Gürtel enger schnallen, um sich dann selbst bei der Anpassung der Diäten zu bedienen“.

Um 11.00 Uhr hat sich der Demonstrationzug am auf der Wiese vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen formiert. Die Demonstrationsteilnehmer sind bestens vorbereitet. Fahnen werden geschwenkt, Transparente ausgerollt, Trillerpfeifen in Aktion gesetzt. In ihrem Protest sind sich alle einig. Hier marschieren Polizeibeamte neben den Frauen und Männern aus dem Strafvollzug, die Feuerwehr zeigt ebenso Präsenz wie der Zoll und die Finanzverwaltung. Beschäftigte und Beamte fühlen sich solidarisch verbunden in der gemeinsam empfundenen Wut auf eine Politik, die sie

abermals zum Sündenbock machen will und die ihre für die Gesellschaft häufig im Schichtdienst erbrachten Leistungen praktisch mit Füßen tritt.

Kampfansagen!

Entsprechend drastische Formulierungen haben die Demonstranten für ihren Protest gewählt:

- „Wir sind keine Staatssklaven“,
- „Kampfansage verlangt Widerstand“,
- „Wir haben die Schnauze endgültig voll!“,
- „Tarifdiktat bedeutet Arbeitskampf“ und
- „Wir verlangen 8 % jetzt!“

ist auf ihren Transparenten zu lesen, als sich der Protestmarsch in Bewegung setzt. Vorbei an Innen- und Justizministerium geht es in den Hofgarten, einem Park in unmittelbarer Nähe des „Residenz“ des nordrhein-westfälischen Finanzministers **Helmut Linssen** (CDU), der es sich auf dem Steuersäckel bequem gemacht hat.

Spätestens jetzt wird auch für den letzten unbeteiligten Beobachter deutlich sichtbar, welch machtvolle Demonstration sich durch die Düsseldorfer Innenstadt windet. Das Thyssen-Hochhaus im Blick, die Rassel fest in der Hand schreit die Menge der Demonstranten ihren Protest heraus. Selbst vor gesundheitsgefährdendem Engagement wird nicht zurückgeschreckt. Als sich die Menge zur Abschlusskundgebung formiert, klart es auf, einige verirrte Sonnenstrahlen erfreuen die Demonstranten. Sie vermögen zwar keine Wärme zu spenden, hellen aber die Gemüter der Kolleginnen und Kollegen auf.

Nachdem ein wütendes Pfeifkonzert langsam abebbt, tritt der Chef der **dbb tarif**



Ralf Eisenhöfer, Vorsitzender des dbb nrw, beschwört die Solidarität der Beschäftigten. „Angesichts der destruktiven Haltung der Arbeitgeberseite werden wir unsere Kampfbereitschaft unter Beweis stellen müssen. Wir werden uns in der laufenden Tarifeinwanderung nicht mit Almosen abspesen lassen!“

union, Frank Stöhr ans Mikrofon. Er ruft den öffentlichen Arbeitgebern ins Gedächtnis, dass es die Beschäftigten und Beamten der Bundesländer sind, an deren Wirken der Staat für den Bürger erkennbar und erfahrbar werde. „**Wir sind es, die die staatlichen Ziele der Politik umsetzen, und zwar in guten wie in schlechten Zeiten. Wir sind es, die für die Einnahmen des Staates sorgen, die äußere und innere Sicherheit garantieren. Ohne uns wäre der Staat nicht vorhanden, wäre nur eine abstrakte Idee**“, ruft der Gewerkschafter den Demonstranten zu, um sofort die schlechte Behandlung des öffentlichen Dienstes durch die Politik anzuprangern. „Unsere Solidarität, unser täglicher Einsatz für das Funktionieren des Staates hat die Mächtigen in Regierungen und Parlamenten aber nur herausgefordert, unsere Loyalität mit Füßen zu treten. Wir haben jahrelang jede Provokation hingenommen. Doch jetzt sagen wir: Es reicht! Jetzt, wo die Politiker dabei sind, dem öffentlichen Dienst die Geschäftsgrundlage aufzukündigen, nehmen wir den Fehdehandschuh auf. Wer unsere Loyalität derart gering schätzt, der muss damit rechnen, dass diese Loyalität zerbricht“.

„Der öffentliche Dienst verlangt finanzielle Anerkennung!“

Stöhr kritisiert den Verfall der politischen Sitten. Der Politik wirft er vor, den öffentlichen Dienst nach Gutsherrenart zu behandeln. Immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal, eine immer höhere Arbeitsverdichtung bei immer schlechterer Bezahlung, das seien Gleichungen, die auf Dauer nicht aufgehen könnten. Dies fordere die **dbb tarifunion und ihre Mitgliedsgewerkschaften** zum entschlossenen Widerstand heraus. „Die Vertrauenskrise der Politik ist Tagesthema in den Medien, unser Vertrauen in die Politiker

schwindet von Tag zu Tag“, ruft **Stöhr** unter dem frenetischen Beifall der Menge aus.

„Wir sind keine Knetmasse, die man nach Belieben modellieren kann. Wir sind nicht die Sparschweine, die man schlachten kann, wenn die öffentlichen Haushalte an Schwindsucht leiden“. Als **Stöhr** verkündet, dass diese Abzockerpolitik auf den entschiedenen Protest der Betroffenen treffen wird, unterbricht ihn ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Die Demonstranten sind es offenkundig leid, sich unter Hinweis auf die Unterdeckung der öffentlichen Haushalte permanent die ihnen zustehenden Lohnerhöhungen vorenthalten zu lassen.

Als sich **Stöhr** mit den Zumutungen befasst, die durch die Politik zwischenzeitlich realisiert worden sind, wird es wieder laut im Hofgarten. „Was uns zugemutet

wird, nimmt langsam groteske Formen an. **Die älteren Kolleginnen und Kollegen können sich nicht einmal mehr auf die erdiente Versorgung verlassen. Mit der Absenkung der Aktivbezüge, der Ruhegehälter, der Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung werden wir mehrfach abgestraft.**

Wenn in der nächsten Runde immer noch kein Verhandlungsangebot unterbreitet wird, dann spielt die Arbeitgeberseite mit dem Feuer“, spricht **Stöhr** genau das aus, was die protestierenden Kolleginnen und Kollegen nach Düsseldorf geführt hat.

Der Gewerkschafter kritisiert, dass die Politik den öffentlichen Dienst in den Ländern in den zurückliegenden Jahren finanziell habe „ausbluten“ lassen. Drastische Kürzung des „Weihnachts-“, Streichung des Urlaubsgeldes, Verlängerung der Arbeitszeit und Vorenthaltung von Ge-



Der Demonstrationzug hat das Finanzministerium erreicht. Lautstark machen die Kolleginnen und Kollegen auf ihre mittlerweile unhaltbare Einkommenssituation aufmerksam.



Bei nasskaltem Wetter haben sich die Demonstranten formiert. Trotz aller äußeren Widrigkeiten sind sie von der Erkenntnis beseelt, jetzt Flagge zeigen zu müssen, um nicht vollends unter das Räderwerk der politischen Sparwut zu geraten.

haltsanpassungen sind nicht ohne Wirkung geblieben. Wer Reformen mit Sparorgien verwechsle, wer Streichungen als Reform verkaufe, wer die Rechte der Beschäftigten missachte, wer den öffentlichen Dienst demontiere, der werde kläglich scheitern, und zwar am erbitterten Widerstand des öffentlichen Dienstes, stellte der Verhandlungsführer der **dbb tarifunion** klar. **Das fortwährende Gerede der Politik von der Modernisierung des Staates entlarvt der Gewerkschafter als bloße Worthülsen, hinter denen sich in der Regel die ungebremste Sparwut verbirgt.**

Und dann formuliert Stöhr nochmals die Forderung der Gewerkschaften:

„**Wir fordern** die lineare Anhebung der Einkommen um 8 Prozent, mindestens jedoch 200 Euro pro Monat.

Wir fordern 120 Euro mehr für die Auszubildenden und deren Übernahme nach Abschluss der Berufsausbildung.

Wir fordern eine Laufzeit für den abzuschließenden Tarifvertrag von einem Jahr.“

„Wir verlangen, was uns zusteht!“

Den Politikern droht der Chef der **dbb tarifunion** einen harten Winter für den Fall an, dass sie nicht von ihrem Crash-Kurs ablassen. „Wenn die Beschäftigten streiken müssen, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, wenn wir nur so verdeutlichen können, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst nicht der Notgroßchen des Staates für schlechte Zeiten sind, dann werden wir dies entschlossen tun. Denn: Wir haben die Schnauze voll. Es reicht uns endgültig!“, findet **Stöhr** starke Worte, die durch den lang anhaltenden Schlussapplaus der Demonstranten unterstrichen werden.

Die jetzt eintretende kurze Verschnaufpause nutzen viele Demonstrationsteilnehmer, um sich mit warmen Getränken einzudecken. Das Schwenken der Transparente, die Betätigung der Trillerpfeifen hat durstig gemacht.

Politik betreibt die Demontage des öffentlichen Dienstes

Als **Ralf Eisenhöfer**, Vorsitzender des dbb-Landesbundes nrw, ans Mikrofon tritt, steigt der Lärmpegel erneut an. Er beschwört die Solidarität der Demonstranten. Die Auseinandersetzung mit der Politik habe eine neue Qualität erreicht. Es gehe darum, der Arbeitgeberseite mit einer Serie von Demonstrationen zu verdeutlichen, dass die Kolleginnen und Kollegen sich in dieser Tarifrunde nicht mit Almosen abspeisen lassen. Zum Stopfen der Haushaltslöcher seien Weihnachts- und Urlaubsgeld verwendet worden. **Damit hätten die Bediensteten des öffentlichen Dienstes Beiträge zur Sanierung der öffentlichen Haushalte geleistet, wie sie keiner anderen Bevölkerungsgruppe zugemutet worden seien.**



Der Hofgarten hat sich mit Demonstranten gefüllt. „Wir fordern die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung“, rufen sie der Politik unmissverständlich zu.

Und dann beklagt **Eisenhöfer**, dass der öffentliche Dienst in NRW in den zurückliegenden Jahren bereits mit 8 Milliarden Euro zur Kasse gebeten worden sei, dass 10.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden und dass andererseits die Regierung die Mitbestimmungsrechte zusammen gestrichen habe. Hierin wird niemand die Wertschätzung erkennen, die sich die CDU vor dem Regierungswechsel zum Ziel gesetzt habe. „Ich empfehle der Politik, sich ein realistisches Bild von der Lage des öffentlichen Dienstes in NRW vor Ort zu machen. Wenn Sie sich bei der Polizei und im Strafvollzug einmal umsehen, dann könnten Sie ermaßen, was dort mit wenig Personal geleistet werden muss. Für dieses Engagement haben die Beschäftigten

eine Politik verdient, die ihren Leistung gerecht wird und diese auch finanziell honoriert“, rief **Eisenhöfer** den Politikern unter dem Applaus der Demonstranten zu. Hart kritisiert der Gewerkschafter den rüden Umgang der Politik mit dem öffentlichen Dienst. „Wer uns als 'faule Verwaltungsheinis' beschimpft, der hat eine rüde Antwort verdient. Wer für seine eigene Schuldenpolitik den öffentlichen Dienst in Geiselnhaft nimmt, dem rufen wir zu: Nicht mit uns!“ Die Demonstranten unterstreichen diese Aussage mit stürmischem Pfeifkonzert.

Großartige Versprechungen vor der Wahl - und danach?

Der Chef des **dbb nrw** rügt die mangelnde Verlässlichkeit der Politik, indem er darauf verweist, dass vor der Wahl großartige Versprechungen abgegeben worden seien, um nach dem Votum des Wählers das Tal des Jammers auszurufen. Hierdurch sei ein Stück Vertrauen in die Politik verloren gegangen. Wenn die Politik jetzt aber, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, mit dem Finger auf den öffentlichen Dienst zeige, um ihn als Schuldigen zu brandmarken, dann sei das nicht akzeptabel.

Anschließend fragt **Eisenhöfer**,

- wer denn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingestellt habe,
- wer denn an der Gesetzesflut bastle, die die Arbeit der Verwaltungen so sehr erschwere?

Hierfür, so der Gewerkschafter, verlange man eine sachgerechte Bezahlung. „Wenn es sein muss, dann stehen wir auch zum Arbeitskampf bereit!“ Mit den jetzt organisierten Warnstreiks und Demonstrationen sollte der Politik klar gemacht werden, dass es hinsichtlich der Tarifverhandlungen fünf vor zwölf ist. „Die Kolleginnen und Kollegen sind zum Streik entschlossen, wenn die Arbeitgeber nicht mindestens ein



Reiner Lindemann, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes NRW, erklärt sich solidarisch und nimmt an der Abschlusskundgebung der Demonstration teil.

Angebot in Höhe des Abschlusses für den Bund und die Kommunen präsentieren“. In der laufenden Tarifaueinwanderung, erläutert **Eisenhöfer**, werfe die Politik Rauchbomben. „Noch mit demselben Atemzug, mit dem sie die angeblich so sicheren Arbeitsplätze beschwören, drohen sie im Falle von Einkommenserhöhungen massiven Arbeitsplatzabbau an. Von daher verbitten wir uns den dümmlichen Vergleich mit der Privatwirtschaft. Dort handeln die Arbeitgeber wenigstens erfolgsorientiert und zuverlässig“.

Der Beifall der Demonstranten lässt den Chef des **dbb nrw** kurzzeitig verstummen, bevor er wieder die Stimme hebt und den öffentlichen Arbeitgebern vorhält, kein privater Arbeitgeber würde auf die Idee kommen, sein Personal so zu demotivieren, wie es die öffentlichen Arbeitgeber tun. In der Privatwirtschaft würde niemand Arbeitsplätze abbauen, ohne die Verfahrensabläufe zu vereinfachen oder zu reduzieren. Kein privater Arbeitgeber würde sich Millionen an Einnahmen durch die Lappen gehen lassen, nur um beim Personal einige Hunderttausend Euro einzusparen. In der Privatwirtschaft gelte das Personal als wichtigste Ressource, im öffentlichen Dienst sehe die Politik die Beschäftigten als notwendiges Übel an. „Das lassen wir uns nicht länger gefallen! Wir sind zu Streik und Demonstration bereit!“, ruft **Eisenhöfer** der Versammlung mit sich überschlagender Stimme zu.

Nachdem der Beifall der Demonstranten verklungen ist, befasst sich der Gewerkschafter mit den Auswirkungen einer verfehlten Politik, die den öffentlichen Dienst zum Buhmann und Sündenbock stempelt. „Gut ausgebildete, angemessen be-

zahlte Mitarbeiter sind das Herzstück eines effizienten öffentlichen Dienstes. Wer hier die Axt anlegt, nimmt wissentlich in Kauf, dass öffentliche Aufgaben bald nicht mehr erfüllt werden können. Dann muss die Politik dem Bürger aber auch sagen, dass demnächst die private Brieftasche über die Qualität der medizinischen Versorgung entscheidet, dass die Kassenlage eines Bundeslandes für die Klassenstärke in den Schulen und dafür verantwortlich ist, wie sicher wir uns in unserem Land bewegen können. Aber das alles unterbleibt. Stattdessen wird ein Opfer präsentiert. Dieses Opfer sollt Ihr sein, liebe Kollegin-

nen und Kollegen. Wir sollen die Zeche zahlen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass diese fatale Rechnung nicht aufgeht.

Von der heutigen Veranstaltung wird das Signal ausgehen, das wir kampfbereit sind. Mit Eurer Rückendeckung und Entschlossenheit haben wir die Chance, der Politik erfolgreich die Stirn zu bieten. Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat bereits verloren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kampf hat begonnen!“, ruft **Eisenhöfer** den Demonstranten zu und forderte sie zu solidarischem Handeln auf.



Unter Leitung von Landeschef Klaus Jäkel nehmen rund 1000 BSBD-Mitglieder an der Demonstration teil.

Glosse

Tach auch

Na, wie isset? Jut ins neue Jahr jekommen? Ich hab 'nen biskan Stress jehabt, weil et mit der Knete immer schwieriger wird. Verdammst eng dieses Jahr.

Wat ich noch sajen wollte: Wir ham ja jetzt die vielen Anwärter in unsere Behörde einjestellt. Die sollen demnächst alle nach Ronsdorf, wenn et denn jemals jebaut wird. Letztens stand inne Zeitung, dat in Ronsdorf nur eine Behörde jebaut werden soll, weil dem Dr. Helmut Linsenzähler dat Jeld ausjeht. Vielleicht bauen se ja nur die Finanzschule. Dann wären die Lurche jerettet, und wir hätten ein paar Bedienstete mehr in unsere Behörde.

Ach ja, wat ich sajen wollte, wir ham ja jetzt die vielen Anwärter. Neulich hab ich mit einem Spätendienst jemacht, ich bin nämlich zum Praxisanleiter befördert worden. Bringt aber nix mehr im Portmanee. Also, wir kommen so ins Je-



spräch und der erzählt mir, dat er neulich beim Amtsarzt war. „Na und“, sach ich, „dat is doch immer, wennse Beamter wirs.“ – „Jaaaa“, sacht de, „mich hammse jleich wieder nach Hause jeschickt.“ – „Och“, sach ich, „warum datan?“ – „Ja“, sacht der Anwärter, „der war nich zuständig.“ – „Wie, der war nich zuständig?“ – „Tja, unser Misteri-

amte, Finanzbeamte, Kommunalbeamte Förster und wat sonst noch alles so kräucht und fläucht im öffentlichen Dienst, kommen alle in dat Jesundheitsamt von unsere Stadt. Wir sind dann ausjebucht bis zu Ihrer Pengsionierung im Jahre Zweitaussendzweiundfuffzich“, sacht de Amtsarzt.“

„Ja und nu?“ – „Tja, nu hat dat Misteri-

um einen neuen Erlass erlassen, da drin steht, dat bis zur Klärung der Sachlage mit dem Minister für Arbeit, Jesundheit und Soziales vorerst wie-

der wie bisher verfahren wird, also musste ich zum Amtsarzt an meinem Wohnort, der is sowieso nich so streng mit dem Be-Em-I, weil er selbst ein paar Pfund mehr auffe Rippen hat.“ – „So sind se, die Prinzen!“ – „Jau, sehr misteriös“.

So, jetz muss ich schnell noch inne Stadt ins Rhein-Energie-Stadion, Fußball gucken und Poldi feiern. Bis demnächst, alles Jute!

Euer
Justus V. Anonymus

Untere Gesundheitsbehörde

um hat einen Erlass erlassen, dat für eine Behörde der Amtsarzt am Dienstort zuständig is, weil dann nur ein Amtsarzt zuständig is, und nicht wie bisher fuffzich verschiedene am jeweilijen Wohnort.“ – „Klingt plausibel.“ – „Jau, hab ich auch jedacht, aber der Amtsarzt am Dienstort war da janz anderer Meinung.“

Sein Dienstherr, der Minister für Arbeit, Jesundheit und Soziales, will dat nich. „Stellen Se sich mal vor“, meint der Amstarzt zu mir, „Polizisten, Vollzugsbe-

Gesetzliche Neuerungen 2009

Mit Beginn des neuen Jahres sind zahlreiche gesetzliche Neuerungen in Kraft getreten. Damit man sich auf die veränderte Rechtslage einstellen kann, werden nachstehend die wichtigsten gesetzlichen Neuerungen vorgestellt.

Erhöhung des Wohngeldes

Zuletzt wurde das Wohngeld 2001 angepasst. Seitdem hatten Mieter Mieterhöhungen von rund zehn Prozent und Steigerungen der Heizungskosten von fast 50 Prozent zu verkraften. Ab 2009 werden einkommensschwache Haushalte in Deutschland nunmehr rund 60 Prozent mehr Wohngeld erhalten.



Bundesregierung reagiert auf steigende Mieten und Energiekosten.

Die staatlichen Zuschüsse zum Wohnen werden von durchschnittlich 90 auf 142 Euro monatlich steigen. Diese Verbesserung betrifft rund 800.000 Haushalte. Zudem werden ab 2009 Bezahler von Wohngeld erstmals auch für die Heizkosten einen pauschalen Zuschuss beantragen können. Dieser ist abhängig von der Anzahl der im wohngeldberechtigten Haushalt lebenden Personen.

Monatlich beträgt er für den Einpersonenhaushalt 24 Euro, bei zwei Personen 31 Euro, bei drei Personen 37 Euro, bei vier Personen 43 Euro und bei fünf Personen 49 Euro. Für weitere Haushaltsmitglieder erhöht sich der Zuschuss um jeweils sechs Euro.

Höheres Kindergeld

Ab Januar 2009 ist das Kindergeld für das erste und zweite Kind um zehn Euro und ab dem dritten Kind um 16 Euro im Monat erhöht worden. Für das erste und zweite Kind erhalten Eltern nunmehr 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und ab dem vierten Kind 195 Euro.



Erhöhung des Kinderfreibetrages

Arbeitnehmer mit Kindern profitieren 2009 noch von einer weiteren Änderung: Der Kinderfreibetrag wird sich im kommenden Jahr auf 3.864 Euro für jedes Kind erhöhen.

Altersgrenze für Kinder bei der Eigenheimzulage

Eltern, die noch die Eigenheimzulage für ihre Immobilien erhalten, können aufat-



men: Die Eigenheimzulage wird weiterhin für Kinder bis zum 27. Lebensjahr gewährt. Die Absenkung der Altersgrenze für Kinder vom 27. auf das 25. Lebensjahr, wie sie vorgesehen war, wird nach dem Willen des Gesetzgebers nicht umgesetzt.

Handwerkerrechnungen - mehr von der Steuer absetzen

Hauseigentümer und Mieter können seit 2006 Handwerkerrechnungen für Leistungen in ihrem Privathaushalt von der Steuer absetzen. In Höhe von maximal 3.000 Euro im Jahr konnten Arbeitskosten geltend gemacht werden - die Steuerersparnis betrug 20 Prozent.



Das Finanzamt erstattete damit maximal 600 Euro. Ab 2009 soll dieser Höchstbetrag auf 1.200 Euro erhöht werden, so dass auch Handwerkerrechnungen bis maximal 6.000 Euro Berücksichtigung finden können.

Gefördert werden zum Beispiel Reparatur- und Modernisierungsarbeiten wie auch das Streichen und Tapezieren von Wänden. Die Materialkosten gehören nicht dazu. Sie sollten deshalb in der Handwerkerrechnung gesondert ausgewiesen werden. Ziel der Bundesregierung ist es, die Schwarzarbeit weiter zurückzudrängen.

Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge

Seit dem 01. Januar 2009 müssen Sparer auf die meisten Kapitalerträge erstmals eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent entrichten. Die neue Steuer betrifft alle Kapitalerträge, die als Zinsen, Dividenden und

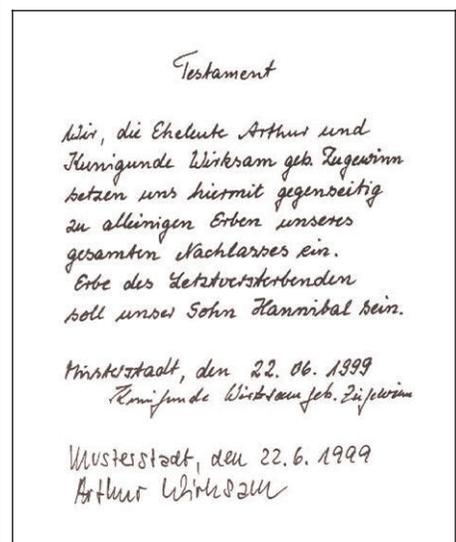
Kursgewinne anfallen. Nachdem die Abgeltungssteuer bereits direkt von den Banken abgezogen wird, müssen bei der jährlichen Steuererklärung keine Angaben mehr zu den Kapitalerträgen gemacht werden.

Pflicht zur Versteuerung von Einkünften aus Tagespflege

Ab Januar 2009 müssen alle, die als Tagesmutter oder Tagesvater tätig sind, unabhängig von der Anzahl der betreuten Kinder und von der Art (privat oder öffentlich) der Einnahmen die Einkünfte aus ihrer Tagespflegetätigkeit versteuern. Allerdings muss nur der Gewinn versteuert werden, der ermittelt wird, indem die Betriebsausgaben entweder über eine Pauschale oder über eine Einzelauflistung von den Einnahmen abgezogen werden.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

In der Umsetzung einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts werden ab dem neuen Jahr ausnahmslos alle Vermögenswerte mit ihrem wirklichen Wert, das heißt



mit ihrem Verkehrswert, bewertet werden müssen

Damit gehört die bisherige ungerechte Bevorzugung einzelner Vermögensarten, insbesondere von Grundstücken, der Vergangenheit an. Die Kernfamilie (Ehe- beziehungsweise Lebenspartner sowie Kinder) wird im Erbfall gegenüber den bisherigen Regelungen stark begünstigt.

Gleichzeitig werden hohe Vermögen und Vermögensübertragungen außerhalb des engen familiären Umfeldes höher besteuert.

Den Schwerpunkt der erbschaftssteuerrechtlichen Begünstigung der Kernfamilie bildet die Regelung, wonach Witwen, Witwer und Kinder des Erblassers keine Erbschaftsteuer auf ein vererbtes Haus oder eine Wohnung zahlen müssen, solange sie diese mindestens zehn Jahre lang selbst nutzen.

Das heißt, dass es in diesen zehn Jahren weder zu einer Vermietung, zu einer Verpachtung, einem Verkauf oder zu einer Nutzung des ererbten Wohneigentums als

Zweitwohnsitz kommen darf. Für Kinder gilt für die Steuerfreiheit zusätzlich die Auflage, dass die Wohnfläche nicht größer als 200 Quadratmeter sein darf. Daneben können Ehegatten für ererbtes sonstiges Vermögen einen Freibetrag von 500.000 Euro geltend machen, für Kinder gilt ein Freibetrag von 400.000 Euro.

■ Neue Bußgelder ab 1. Februar 2009

Die neuen Obergrenzen für Bußgelder sollen für mehr Sicherheit auf Deutschlands Straßen sorgen. Sie zielen vor allem auf die Hauptursachen für Unfälle, insbesondere

- unangepasste Geschwindigkeit,
- gefährliche Überholvorgänge,
- Verstöße gegen die Vorfahrt,
- Rotlicht-Verstöße,
- zu geringer Abstand.



Um Unfallrisiken zu minimieren, bittet die Bundesregierung verstärkt zur Kasse.

Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

Verkehrsverstoß	Bußgeld (EUR) bis 31.01.2009	Bußgeld (EUR) ab 01.02.2009
unangepasste Geschwindigkeit	50	100
Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot	40	80
Fehlverhalten auf Autobahnen (z.B. Wenden, Rückwärtsfahren, Vorfahrtsverletzung usw.)	40 - 150	70 - 200
zu geringer Abstand	40 - 250 (gestaffelt nach Geschwindigkeit und Abstand)	75 - 400 (gestaffelt nach Geschwindigkeit und Abstand)
Tempolimit missachtet (innerorts) *)	50 - 425 (nach Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitung)	80 - 760 (nach Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitung)
Tempolimit missachtet (außerorts) *)	40 - 375 (nach Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitung)	70 - 600 (nach Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitung)
keine Rücksichtnahme auf schwache Verkehrsteilnehmer	60	80
Fehlverhalten an Fußgängerüberwegen	50	80
Fehlverhalten an Bahnübergängen	50 - 450	80 - 700
gefährliches Überholmanöver	40 - 125	Verdopplung der jeweiligen Bußgeldsätze (80 - 250)
Vorfahrt missachtet	50	100
Drogen oder Alkohol am Steuer	250 (erster Verstoß) 500 (zweiter Verstoß) 750 (dritter Verstoß)	500 (erster Verstoß) 1000 (zweiter Verstoß) 1500 (dritter Verstoß)
Null-Promille-Regel für Fahrenfänger nicht eingehalten	125	250
Rote Ampel missachtet	50 - 200	90 - 360
Durchführung illegaler Kfz-Rennen	200 (Veranstalter) 150 (Teilnehmer)	500 (Veranstalter) 400 (Teilnehmer)
Fahren mit nicht verkehrssicheren Kfz	50 - 150	80 - 270
Überladung um mehr als 5 Prozent (Lkw) bzw. 20 Prozent (Pkw)	50 - 200 (Fahrzeugführer Lkw) 75 - 225 (Fahrzeughalter Lkw) 50 - 125 (Pkw)	80 - 380 (Fahrzeugführer Lkw) 140 - 425 (Fahrzeughalter Lkw) 95 - 235 (Pkw)
Lkw-Sonntagsfahrverbot nicht eingehalten	40 (Fahrer) 200 (Halter)	75 (Fahrer) 380 (Halter)

*) ab 16 Km/h bei Lkw und Bussen, ab 21 Km/h bei Pkw

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Verkehrstoten auf rund 4500 gesunken. Ursache für fast alle Unfälle (95 Prozent) ist menschliches Fehlverhalten. Im europäischen Vergleich lagen Bußgelder in Deutschland bisher in einem niedrigen Bereich. Staaten wie die Niederlande, Großbritannien und Schweden haben die besten Unfallbilanzen – dort liegen die Geldbußen für gefährliche Verstöße um ein Vielfaches höher.

■ Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung

In ganz Deutschland beträgt die Beitragsbemessungsgrenze 3675 Euro. Darüber liegendes Einkommen bleibt bei der Berechnung der Kranken- und Pflegeversicherung unberücksichtigt. Die Pflichtversicherungsgrenze ist auf 4050 Euro angehoben worden. Erst wenn das Monatseinkommen oberhalb dieser Pflichtversicherungsgrenze liegt, ist ein Wechsel aus der gesetzlichen Krankenversicherung in die private Krankenversicherung möglich.

■ Beitragssatz in der Rentenversicherung:

Wie 2008 liegt der Beitragssatz zur Rentenversicherung auch 2009 bei 19,9 Prozent. Der Beitrag ist paritätisch durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufzubringen.

■ Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung

Im Jahre 2008 betrug der Beitragssatz 3,3 Prozent. Wegen der günstigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt hat die Bundesregierung den Beitragssatz für 2009 auf 2,8 Prozent gesenkt. In Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt soll die Arbeitslosenversicherung ab 1.7.2010 wieder auf 3,0 Prozent angehoben werden!

■ Beitragssatz in der Pflegeversicherung

Ab 1.7.2008 beträgt der Beitragssatz 1,95 Prozent. Versicherte ohne Kinder im Alter von 23 bis unter 65 zahlen einen Zuschlag von 0,25 Prozent. Mit dieser Regelung setzt die Bundesregierung ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts um. Die Beitragssätze gelten für das laufende Jahr unverändert.

■ Beitragssatz in der Krankenversicherung

Bislang galten je nach Krankenkasse unterschiedliche Beiträge zuzüglich eines Sonderbeitrages der Arbeitnehmer von 0,9 Prozent. Nach Einführung des Krankenversicherungsfonds gilt 2009 ein einheitlicher Beitrag von 15,5 Prozent in allen gesetzlichen Krankenkassen. Von diesem Beitrag trägt der Arbeitnehmer 8,2 Prozent und der Arbeitgeber 7,3 Prozent.

Alles was Recht ist!



■ Toupet auf Kosten der Krankenkasse?

Klappt nicht, zumindest nicht bei Männern. Eine Glatze sei bei Männern keine Krankheit, urteilte das Gericht. Bei Frauen, Kindern oder Jugendlichen sieht das anders aus. Hier könne eine Perücke durchaus auf Rezept verordnet werden.

■ Brustvergrößerung auf Rezept?

Auch das ist ein No-Go. Die Kostenübernahme bei einer Brustvergrößerung kann



nicht bei der Krankenkasse geltend gemacht werden. Eine Frau hatte geklagt, nachdem ihre Brüste nach der Schwangerschaft deutlich kleiner waren als zuvor. Krankenkasse und Richter waren sich hier einig: Keine Chance für Implantate auf Kosten der Krankenversicherung

■ Unterhaltungspflicht nach Samenraub?

Was die Medien als Fortpflanzungs-Kriminalität bezeichnen, ist häufig nicht einmal ein Kavaliersdelikt. Ein kinderloses Ehepaar entschied sich gemeinsam für die künstliche Befruchtung und startete meh-



rere Versuche. Als der angestrebte Erfolg ausblieb, verließ der Mann seine Frau. Diese experimentierte weiter mit seinem gefrorenen Sperma und hatte Erfolg. Es klappte, sie wurde schwanger. Der Bundesgerichtshof entschied schließlich, dass der Mann voll für das Kind aufkommen muss. Dass er sie verlassen habe, spiele in diesem Zusammenhang keine wesentliche Rolle.



■ Absurd: Einheimische als Reisemangel

Einheimische am Strand: Deswegen hatte ein Urlauber allen Ernstes eine Minderung des Reisepreises verlangt. Der Richter stellte treffend fest: „Einheimische sind kein Reisemangel“. Das gelte auch, wenn diese Einheimischen etwas Lärm verursachten. Es gilt also nicht als Reisemangel, wenn der Urlauber z. B. Brasilianer an einem brasilianischen Strand trifft. Liegt allerdings ein echter Reisemangel vor, kann der Urlauber natürlich eine Entschädigung fordern. Die steht ihm zu, wenn er nicht bekommt, was ihm vom Reiseveranstalter angeboten und zugesichert wurde.



■ Sind Spielschulden Ehrenschulden?

Spielschulden sind Ehrenschulden. Dies ist aber auch schon alles. Niemand kann von einem Gericht gezwungen werden, Wett-Geld oder Glücksspiel-Schulden zu begleichen. Wie das der Wettsieger sieht, steht auf einem anderen Blatt.

■ „Sie können mich mal ..“, ist keine Beleidigung!

Der Ausspruch „Sie können mich mal ...“ gilt nicht zwingend als Beleidigung. In einem konkreten Fall klagte eine Politessie wegen Beleidigung, bekam auch zunächst Recht vor Gericht. Diese Entscheidung wurde allerdings durch die Berufungsinstanz aufgehoben. Schließlich, so das Gericht, müsse man den Satz nicht zwingend mit dem berühmten Zitat des Götz von Berlichingen beenden. Es könne ja auch „gern haben“ im Sinne von „Da mache ich nicht mit“ gemeint sein. Einer solchen Aussage komme allerdings keine strafrechtliche Relevanz zu.



■ Muss der Arbeitnehmer alles machen, was der Chef sagt?

Welche Arbeit ein Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber schuldet, richtet sich nach dem Arbeitsvertrag. Bleibt der Vertrag hinsichtlich der wahrzunehmenden Aufgaben unverbindlich, bedarf er der Auslegung. So kann der Hotelchef zwar von einem Zimmermädchen verlangen, dass sie eine Toilette putzt, nicht aber vom kauf-



männischen Leiter. Wer allerdings eine zumutbare Arbeit verweigert, muss mit der Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses rechnen.

■ Gefängnis für Schwarzfahren?

Die Folgen der ein oder anderen Schwarzfahrt können länger dauern als es einem Fahrgast lieb ist. Nach dem sie dreimal beim Schwarzfahren erwischt wurde, verdonnerte das Oberlandesgericht Stuttgart



eine Frau zu zwei Monaten Haft. Keine leere Drohung also, wenn die U-Bahn-Betreiber deutschlandweit drohen: „Schwarzfahren kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr bestraft werden.“

■ Opas Dritte in der Toilette

Ab in die Toilette mit Opas Gebiss. Versehentlich warf ein Zwölfjähriger die dritten Zähne seines Opas ins WC. Die Haftpflicht-Versicherung weigerte sich, für den Schaden aufzukommen. Das Gebiss sei ja



nur abhanden gekommen, aber nicht defekt. Ein Gericht urteilte schließlich, dass Opa das Gebiss auch nicht mehr verwenden müsse, wenn es in der Kanalisation wieder auftauchen sollte und verdonnerte die Versicherung zur Zahlung.

■ **Freibier für Rentner**

Nicht unbedingt ein Rechtsirrtum, aber immerhin ein äußerst kurioser Fall kam jetzt vor Gericht. Je 150 Liter Freibier pro Jahr stehen zwei ehemaligen Mitarbeitern der Dortmunder Actien-Brauerei zu. 1996



hatte die DAB die Kronen-Brauerei aufgekauft und den bis dahin üblichen Freitrunck gestrichen. Davon ließen sich die beiden Rentner nicht abhalten; sie klagten. Mehr noch: Die Brauerei musste das während der Verfahrenszeit nicht gelieferte Kontingent nachliefern. Bei drei Jahren machte das immerhin 450 Liter.

■ **Bezahlen mit großen Scheinen**

Geld ist Geld, so heißt es im Geschäftsverkehr. Der Verkäufer muss folglich auch einen 500-Euro-Geldschein annehmen.



Das Gesetz sagt hierzu: Der Verkäufer muss theoretisch jeden noch so großen Geldschein annehmen. Wenn er allerdings ein Schild aufstellt mit der Aufschrift: „Wir akzeptieren keine 100, 200 und 500 Euro-Scheine“, hat der Kunde dies hinzunehmen.

■ **Barfuß Auto fahren**



Bereits in der Fahrschule werden wir darauf hingewiesen: Nur wer geeignetes Schuhwerk trägt, darf sich hinter Steuer klemmen. Das Gesetz sagt hingegen: Man darf auch barfuß Auto fahren. Ob das Schuhwerk der Dame im Bild geeignet ist, sei dahingestellt.

■ **Vertraulichkeit der Bewerbung**

Sperrvermerke in Bewerbungen müssen vom möglichen Arbeitgeber berücksichtigt werden. Das Gesetz sagt hierzu, dass Vertraulichkeit nur gesichert ist, wenn der Arbeitgeber in seiner Stellenanzeige Vertraulichkeit zugesichert hat. Ansonsten darf sich der Personalchef durchaus beim aktuellen Chef nach dem Bewerber erkundigen. Hier hilft nur, den aktuellen Arbeitgeber nicht zu nennen.

■ **Der Bierdeckel als Urkunde**

Nach weit verbreiteter Auffassung kann nur ein förmliches Dokument mit Firmenlogo, Stempel und Unterschrift des Geschäftsführers als Urkunde betrachtet werden. Das bürgerliche Recht regelt dies



allerdings anders. Danach kann auch ein Bierdeckel eine Urkunde sein. Wer hier also seine Striche abrubbelt, macht sich strafbar wegen Urkundenfälschung!

■ **Haftung bei Privatverkauf**

Auch ein privater Verkäufer haftet, wenn er Gebrauchtes verkauft. Die Gewährleis-



tungsfrist beträgt zwei Jahre! In der Praxis wird es indes schwierig sein, den Flohmarkt-Händler nach längerer Zeit wieder aufzufinden. Beim Verkauf größerer Gegenstände empfiehlt sich eine schriftliche Vereinbarung: „Die gesetzliche Gewährleistung ist ausgeschlossen.“

■ **Motor warmlaufen lassen**

Nach Überzeugung der meisten Autofahrer dient es der Verkehrssicherheit, im Winter den Motor im Stand zu starten, damit sich das Eis schneller von der Scheibe löst, während man selbst die Scheiben ab-



kratzt. Nach geltendem Recht ist das Laufenlassen des Motors zum Aufwärmen jedoch eine Ordnungswidrigkeit, die mit hohen Bußgeldern belegt werden kann.

■ **Angefasste Lebensmittel**

Im Geschäftsleben herrscht die Meinung vor, wer Lebensmittel anfasst oder auspackt, muss sie auch kaufen. Nach geltendem Recht ist diese Einschätzung falsch. Selbst bei Lebensmitteln besteht kein Kaufzwang. Im Zweifelsfall muss dem Händler lediglich der angerichtete Schaden ersetzt werden.



■ **Schützt die Angabe der Handynummer vorm Abschleppen?**

Die weit verbreitete Meinung, wer falsch parkt, darf immer abgeschleppt werden, entspricht nicht dem geltenden Recht. Die Handynummer hinter der Windschutzscheibe kann beispielsweise Abschleppschutz bieten. Allerdings muss ein konkreter Bezug zur Situation auf dem Zettel stehen.

Vorkommnis in der JVA Gelsenkirchen:

Justizministerin weist Vertuschungsvorwürfe zurück

Mit großer Entschiedenheit hat NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter am 14. Januar 2009 im Rechtsausschuss des Landtags Vertuschungsabsichten bezüglich der mutmaßlichen Misshandlung eines Gefangenen in der JVA Gelsenkirchen zurückgewiesen. Im März 2008 soll ein Gefangener in einem mit vier Personen belegten Gemeinschaftshaftraum körperlich misshandelt und sexuell genötigt worden sein. Dies ermittelte die zuständige Staatsanwaltschaft, nachdem die JVA Gelsenkirchen unmittelbar nach den ersten Hinweisen auf eine Misshandlung Strafanzeige erstattet hatte. Die strafrechtliche Aufarbeitung des Falles hat jetzt die Oppositionsparteien veranlasst, in den Printmedien öffentlich nach der politischen Verantwortung der Fachministerin zu fragen.

Medienberichte über die bevorstehende Hauptverhandlung hatten Politiker der Oppositionsparteien zum Anlass genommen, ihr Befremden über die Sachbehandlung des Falles zum Ausdruck zu bringen. Öffentlich spekulierten sie über die Vertuschung eines gravierenden Vorkommnisses durch die Justizministerin.

In der Sitzung des Rechtsausschusses äußerte Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** ihr Befremden über die Art der politischen Behandlung dieses Vorkommnisses durch die Opposition. Besonders boshaft sei der Vergleich des Falles mit dem Verbrechen in der JVA Siegburg. Dies bedeute, so die Ministerin, die zynische Missachtung des Opfers von Siegburg.

Die Skandalisierung eines Vorganges, wie er sich im Strafvollzug von Zeit zu Zeit als unvermeidlich erweist, sei der eigentliche Skandal, nahm die Ministerin ihre Kritiker frontal an. Um den Jahreswechsel herum tat sich die Opposition mit öffentlichen Spekulationen, Unterstellungen und Wertungen hervor, ohne den Versuch einer Sachaufklärung zu unternehmen. **Müller-Piepenkötter** wertete dieses Vorgehen der Opposition als den plumpen Versuch, die Arbeit des Ministeriums zu diskreditieren. Die Ministerin erläuterte den Ausschuss-

mitgliedern anschließend die tatsächlichen Geschehensabläufe. Danach gab es am Abend des 31. März 2008 einen ersten Hinweis auf die mögliche Misshandlung eines Gefangenen. Erste Vernehmungen, die noch nicht zur Aufklärung des Ereignisses führten, nahm die Anstalt zum Anlass, die zuständige Staatsanwaltschaft mit der Angelegenheit zu befassen. Die Staatsanwaltschaft Essen ermittelte, dass ein Gefangener körperlich misshandelt und sexuell genötigt worden sei. Ein ande-



MdB Frank Sichau (SPD) warf der Justizministerin die Vertuschung der Misshandlung eines Gefangenen in der JVA Gelsenkirchen vor.



Die JVA Gelsenkirchen war im März 2008 Schauplatz der Misshandlung und der sexuellen Nötigung eines Gefangenen.



Justizministerin Müller-Piepenkötter (CDU) wies den Vorwurf der Vertuschung eines Vorkommnisses energisch zurück.

rer habe einem Mitgefangenen eine aus einem Elektrokabel hergestellte Schlinge um den Hals gelegt und diesen aufgefordert, sich umzubringen. Diese Ereignisse seien unverzüglich berichtet und in den Beirat der Anstalt, dem auch ein SPD-Landtagsabgeordneter angehört, kommuniziert worden. Eine sofortige weitergehende Information der parlamentarischen Gremien sei nicht vorgesehen, sondern werde immer im folgenden Jahr neben allen sonstigen in den NRW-Justizvollzugsanstalten aufgetretenen besonderen Vorkommnissen berichtet.

In ungewöhnlich deutlicher Form lobten die Ministerin sowie der Leiter der Strafvollzugsabteilung im NRW-Justizministerium, Ministerialdirigent Wil-

fried Mainzer, gegenüber Presse, Funk und Fernsehen das hohe Engagement und die Qualität der Arbeit der Strafvollzugsbediensteten. Gerade dieses Vorkommnis habe gezeigt, wie sensibel die Bediensteten reagieren, wenn es um Gewalt in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtung gehe. Ausdrücklich stellte die Ministerin fest, dass sich die Bediensteten der JVA Gelsenkirchen vorbildlich verhalten hätten.

An die Mitglieder der Opposition gewandt, forderte die Ministerin zu einem sachlichen Umgang mit Vorkommnissen dieser Art auf. Der Strafvollzug eigne sich nicht für den politischen Schlagabtausch. In diesem Bereich sei vielmehr ein konsensuales Vorgehen anzustreben.

Das aktuelle Thema von Wilhelm Bokermann

dbb-Chef Peter Heesen zur Einkommensrunde 2009:

„Es muss einen kräftigen Schluck aus der 'Pulle' geben!“

Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in NRW – also rund 82.500 Tarifbeschäftigte, etwa 254.000 Beamte und Richter, ca. 62.500 Kommunalbeamte sowie die Versorgungsempfänger – sind stocksauer über das zögerliche bis ablehnende Verhalten der schwarz-gelben Landesregierung. Sie hatten ein Zeichen der Wertschätzung durch sofortige Unterbreitung eines Angebotes erwartet. Stattdessen praktiziert die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die übliche Hinhaltenaktik. Einkommenseinbußen von z.T. erheblich mehr als 10 % im Verhältnis zur Lohnentwicklung in der „freien Wirtschaft“, Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit zum Null-Tarif, Wegfall des Urlaubsgeldes, extreme Kürzungen beim Weihnachtsgeld, spürbare Abstriche bei der Beihilfengewährung, fortdauernde Abschmelzung der Versorgungsbezüge, aber auch das Hinterherhinken zur Tarif- und Besoldungspolitik des Bundes sind bislang die Duftmarken der „neuen Politik in NRW“. Diese bedrohliche Einkommensschiefelage ist auch durch die 2008 nach langer Abstinenz erstmals wieder erfolgte Einkommensanhebung von 2,9 v.H. für die Arbeitnehmer und 1,45 v.H. für die Beamten und Versorgungsempfänger kaum verbessert worden.



Frank Stöhr, Chef der dbb tarifunion, ließ keinen Zweifel daran, dass die Tarifrunde 2009 mit aller Härte geführt werde. Um ein akzeptables Ergebnis zu erreichen, seien die Beschäftigten kampff- und streikbereit.

Verhandlungen ohne Ergebnis!

Die von **dbb tarifunion** und ver.di in Anlehnung an die Entwicklung beim Bund erhobene Forderung nach einer linearen Erhöhung der Einkommen um 8 % (mindestens aber einen Betrag von 200 Euro monatlich) für die rund 700.000 Tarif-Beschäftigten im Landesdienst an die Adresse der TdL wurde von der Arbeitgeberseite schon vor Beginn der ersten Verhandlungsrunde am 19. Januar 2009 in Berlin als nicht bezahlbar und angesichts der aktuellen Finanzlage als unangemessen zurückgewiesen. Ob NRW-Finanzminister **Dr. Helmut Linssen**, der die Arbeitgeberseite mit vertreten hat, dabei wohl auch an den 5 Milliarden Euro schweren Schutzschirm des Landes für die in finanzielle Bedrängnis geratene West-LB und die Schuldigen für diesen kaum zu überbietenden Skandal gedacht hat, ist nicht bekannt. Nachdrücklich vertrat die **dbb tarifunion**

auch anlässlich der zweiten Verhandlungsrunde am 26. Januar 2009 in Potsdam ihre zuvor festgelegte Forderung nach spürbarer Einkommensverbesserung für die Beschäftigten. **Die dbb tarifunion ließ sich davon leiten, dass der zu Beginn des Jahres 2009 festgestellte Einkommensrückstand von mehr als 5 % der Landesbeschäftigten gegenüber den Beschäftigten von Bund und Kommunen unbedingt beseitigt werden müsse. Zugleich wurde damit die Kernforderung verbunden, dass es „in Deutschland keinen öffentlichen Dienst erster und zweiter Klasse“ geben dürfe. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 14. Februar 2009 terminiert. Um der Arbeitgeberseite einen Vorgeschmack im Hinblick auf den Unmut und Kampfeswillen der Beschäftigten zu demonstrier-**

ren, kam es bereits bundesweit zu einer Vielzahl von Warnstreiks und Protestaktionen.

NRW demonstriert!

So auch am 4. Februar 2009 in der NRW-Regierungsmetropole Düsseldorf, wo weit über 5.000 Beschäftigte aus dem Landesdienst, darunter auch rd. 1000 Strafvollzugsangehörige – wenige Tage zuvor hatte es bereits Aktionen an den NRW Unikliniken gegeben – nicht nur lautstark, sondern auch mit einer gehörigen Portion „Wut im Bauch“ für ihre Forderung nach sachangemessener Erhöhung ihrer Einkommen eintraten. Sie hatten en passant zur Kenntnis nehmen dürfen, dass sich Landtagsvizepräsident **Edgar Moron** (SPD) um die „mäßige Bezahlung“ - bei mo-



Weil die Strafvollzugsbediensteten endlich eine Erhöhung ihrer Einkommen verlangen, die diesen Namen auch verdient, marschierten sie in Düsseldorf in der ersten Reihe.

Heute schon gelacht?

Aus einer Schadensmeldung an die Versicherung:

„Ich trat auf die Straße. Ein Auto fuhr von links direkt auf mich zu. Ich dachte, es wollte noch vor mir vorbei, und trat wieder einen Schritt zurück. Es wollte aber hinter mir vorbei. Als ich das merkte, ging ich schnell zwei Schritte vor. Der Autofahrer hatte aber ebenfalls reagiert und wollte nun wohl doch vor mir vorbei. Er hielt an und kurbelte die Scheibe herunter. Wütend rief er: 'Nun bleiben Sie doch endlich stehen, Sie!' Das tat ich auch – und dann überfuhr er mich.“

Eine arme alte Frau braucht dringend 200,00 Euro. Sie schreibt dem lieben Gott einen Brief und bittet ihn, ihr das dringend benötigte Geld zu schicken. Natürlich können die Postboten mit der Anschrift nicht anfangen, darum stellen sie den Brief dem Finanzamt zu.

Ein Finanzbeamter liest den Brief und hat sofort Mitleid mit der armen Frau. Er macht eine Sammlung bei den Kollegen, die aber nur 100,00 Euro erbringt. „Egal!“, denkt er und schickt das Geld ab. Die alte Dame erhält den Brief und rennt sofort in die nächste Kirche, um Gott zu danken. Sie betet ein „Vaterunser“ nach dem anderen.

Als sie die Kirche verlassen will, dreht sie sich noch einmal um und sagt: „Wenn Du mir wieder mal Geld schickst, lieber Gott, dann laß es nicht über das Finanzamt laufen! Die haben mir nämlich schon wieder die Hälfte abgezogen!“

„Erkennen Sie in dem Angeklagten den Mann wieder, der Ihr Auto gestohlen hat“, fragt der Richter den Geschädigten.

„Nach den Ausführungen des Herrn Verteidigers bin ich mir nicht mehr sicher, ob ich überhaupt ein Auto besessen habe“, entgegnet dieser.

Frage des Richters: „Zeuge, woraus schließen Sie, daß sich der Angeklagte in betrunkenem Zustand befand?“

Antwort: „Er ging in die Telefonzelle, kam nach einer halben Stunde wieder heraus und beschwerte sich, daß der Fahrstuhl nicht funktionierte.“

natlich festen Bezügen von 9.756 Euro (!) – seiner Landtagskolleginnen und -kollegen sorgt, von denen „viele ... mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben“. Selbst wenn für die Abgeordneten in Bayern und Baden-Württemberg „unterm Strich mehr Geld übrig“ bleibt, so leiden die Abgeordneten in NRW sicherlich keine bittere Not. Was soll die Beschäftigtengruppe des mittleren Dienstes, die das Gros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug stellt, bei dieser Form der „Fürsorge“ davon halten, dass ihnen gleichzeitig die dringend notwendige Einkommensanpassung vorenthalten wird? Die Einkommen dieser Kolleginnen und Kollegen bewegen sich allzu oft zwischen 1.500 und 1.750 Euro im Monat. Die durch die Politik(er)-Aktion zum Ausdruck gebrachte Ignoranz wird von den Betroffenen bei den anstehenden Wahlen auf Bundes- und Landesebene die richtige Antwort erhalten!

„Arrogante Haltung“ der Länder

Frank Stöhr, der die in der **dbb tarifunion** vereinigten **dbb**-Gewerkschaften als Verhandlungsführer in der Tarifrunde vertritt, hat es unmissverständlich auf den Punkt gebracht: „Wir erwarten ein Angebot, das unserer Leistung gerecht wird“ und „die Blockadepolitik der Arbeitgeber lassen wir uns nicht mehr gefallen“. Zugleich warf **Frank Stöhr** den Ländern eine „arrogante Haltung“ vor, denn sie hätten sich seit dem Auftakt der Verhandlungen noch keinen Millimeter bewegt.

Tarifrunde gleich Besoldungsrunde

Ralf Eisenhöfer, der Landesvorsitzende des **dbb nrw**, geißelte das Desinteresse der Arbeitgebersseite an einer schnellen Einigung als destruktiv. Zur zweiten Verhandlungsrunde mit einem „Null-Angebot“ zu erscheinen, sei eine Frechheit. Er verdeutlichte zugleich: „**Diese Tarifrunde für die Beschäftigten ist zugleich eine Besoldungsrunde, da Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers zugesagt hat, das Ergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger in NRW per Gesetz übertragen zu wollen.**“

Den Ministerpräsidenten „beim Wort“ nehmen

Die Strafvollzugsbediensteten werden den Ministerpräsidenten „beim Wort“ nehmen. Viele von ihnen haben es als enttäuschend und als nahezu diskriminierend empfunden, Anträge wegen Zahlung einer amtsangemessenen Alimentation für die Jahre 2008 und 2009 stellen zu müssen, um im Falle einer positiven höchstrichterlichen Entscheidung für die vom **dbb** mit Rechtsschutz versehenen Musterklagen berechtigte Ansprüche zu wahren. Aber vielleicht erstreckt sich die „Fürsorge“ von Landtagsvizepräsident **Edgar Moron** (SPD) am Ende auch auf die „kleinen“ Landesbeamten. Auch insoweit gilt: Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Kleine Weisheiten

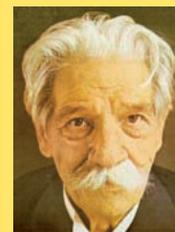
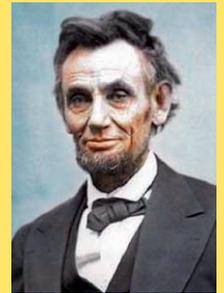


Es gehört oft mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben.

Friedrich Hebbel, 18.03.1813 – 13.12.1863 deutscher Dichter

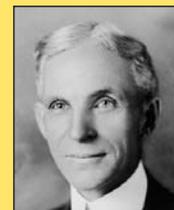
Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, so gib ihm Macht.

Abraham Lincoln, 12.02.1809 – 15.04.1865 US-Staatsmann und 16. Präsident der USA



Wer glaubt, ein Christ zu sein, weil er die Kirche besucht, irrt sich. Man wird ja auch kein Auto, wenn man in eine Garage geht.

Albert Schweitzer, 14.01.1875 – 04.09.1965; dt. Arzt und ev. Theologe

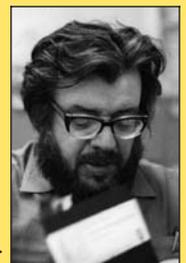


Wer immer tut, was er schon kann, bleibt immer das, was er schon ist.

Henry Ford, 30.07.1863 – 07.04.1947 Gründer von Ford

Für die Welt bist du irgendjemand, aber für irgendjemand bist du die Welt.

Erich Fried, 06.05.1921 – 22.11.1988 britisch-österreichischer Schriftsteller



Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.

Johann Wolfgang von Goethe, 28.08.1749 – 22.03.1832 dt. Dichter

Dienstwohnungen der JVA Bochum:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers zum Eingreifen aufgefordert!

Seit nunmehr acht Monaten kämpfen die Bochumer Kolleginnen und Kollegen um den Erhalt ihrer Wohnungen. Die permanente Ungewissheit zerrt dabei an den Nerven. Auch wenn bei dem ein oder anderen von Zeit zu Zeit Zweifel an den Erfolgsaussichten des eigenen Engagements aufkommen, stabilisiert der Zusammenhalt der Anwohnergemeinschaft doch ungemein. Durch die zahlreichen gemeinsamen Aktionen ist die Gemeinschaft gewachsen. Die Solidaritätsbekundungen von Bürgermeisterin, der politischen Parteien des Rates der Stadt, der Nachbarschaft und nicht zuletzt des BSBD haben ein Übriges getan, den Widerstandswillen der Betroffenen zu stärken. Besonders motivierend war die Demonstration anlässlich des Neujahrsempfangs der CDU am 24. Januar 2009 in Düsseldorf. Die Anwohnergemeinschaft hatte erstmals das Gefühl, den Bauabsichten des Justizministeriums nicht völlig wehrlos ausgeliefert zu sein. Die eigene, vom BSBD unterstützte Aktion lieferte den Beweis, dass die Politik auf lautstarke Proteste durchaus reagiert.

Am 24. Januar 2009 hatte der CDU-Vorsitzende **Dr. Jürgen Rüttgers** zum Neujahrsempfang in die WZG-Bank in Düsseldorf geladen. Diesen Termin nutzten die Bochumer Kolleginnen und Kollegen, ihren Protest gegen die Räumungsanordnung lautstark an die richtige Adresse zu bringen. Mit Kind und Kegel, Fahnen und Pfeifen hatten sich rund 250 Demonstranten nach Düsseldorf aufgemacht, um den Entscheidungsträgern von der CDU ihre Forderungen direkt und unmittelbar vorzutragen. Erfreulich war, dass sich etliche BSBD-Ortsverbände durch das Entsenden von Delegationen mit der Anwohnergemeinschaft solidarisch erklärten. Als die ersten Gäste vor der WZG-Bank vorfuhr, empfing sie ohrenbetäubender Lärm und ein fahngeschmücktes Spalier. Mit Flugblättern machten die Demonstranten auf ihr Anliegen aufmerksam. Zugleich verteilten sie eine Erklärung der CDU-Ratsfraktion Bochum, was bei nicht wenigen Gästen Verwirrung auslöste. Demonstrierte hier etwa die CDU gegen sich selbst? Nein, die CDU Bochum konnte lediglich die Entscheidung zum Abriss der Dienstwohnungen der JVA Bochum nicht nachvollziehen und erklärte sich deshalb mit den Anwohnern der Krümmede verbunden.

BSBD bittet Ministerpräsident Dr. Rüttgers um Unterstützung

In einem ausführlichen Schreiben hatte der BSBD den Ministerpräsidenten bereits im Vorfeld der Demonstration informiert, dass die Justizministerin konkret beabsichtige, auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Bochum eine Ersatzeinrichtung für die baulich abgängige, derzeit in Gelsenkirchen angesiedelte Sozialtherapie zu errichten. Um dieses Vorhaben realisieren zu können, sei nach Einschätzung

der Fachministerin der Abriss und die Aufgäbe von 68 Dienst- und Mietwohnungen erforderlich.

Diese Planung, so der BSBD, missachte vitale Sicherheitsbedürfnisse des Strafvollzuges. Der Strafvollzug sei personell noch nicht so auskömmlich ausgestattet, dass auf eine Eingreifreserve verzichtet werden könne. Die Dienstwohnungsinhaber stellten eine solche Eingreifreserve dar und leisteten durch ihr bloßes Vorhanden-

Aus diesem damaligen Engagement hätten die Inhaber von Dienstwohnungen bei allen nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen gefolgert, dass die CDU die Personalreserve, die die Kolleginnen und Kollegen für den Fall von Sicherheitsstörungen darstellen, angesichts noch nicht auskömmlicher Personalausstattungen durchaus zu schätzen wisse. Sie seien folglich davon ausgegangen, dass der Bestand der Wohnungen mit dem Übergang



BSBD-Chef Klaus Jäkel (re) trägt Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers die Anliegen der Anwohnergemeinschaft vor und bittet darum, das Problem, zur Chefsache zu machen.

sein einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der objektiven Sicherheitslage der Anstalt und zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Dienst verrichtenden Kolleginnen und Kollegen. Die spezielle Problematik des Falles ergebe sich aus dem Umstand, dass die CDU sich im Jahre 2004, als die damalige rot-grüne Landesregierung die Dienstwohnungen bei der JVA Willich zugunsten des Neubaus einer Frauenanstalt abreißen wollte, in Person des damaligen rechtspolitischen Sprechers **Peter Biesenbach** MdL dankenswerter Weise der Sorgen und Nöte der Willicher Kolleginnen und Kollegen angenommen habe und vehement für den Erhalt der Dienstwohnung eingetreten sei.

der Regierungsverantwortung auf eine CDU-geführte Landesregierung gesichert sein werde.

Wenn jetzt gleich bei dem ersten Fall der Erweiterung einer Vollzugseinrichtung die durch **Peter Biesenbach** MdL 2004 erklärte politische Überzeugung der CDU-Rechtspolitiker durch die Entscheidung der Justizministerin konterkariert werde, dann sei nicht nur bei den Betroffenen, sondern bei allen Strafvollzugsbediensteten ein massiver Vertrauensverlust in die politische Verlässlichkeit der CDU zu befürchten.

Angesichts dieser absehbaren Entwicklung stehe die CDU in der konkreten Gefahr, einen gravierenden Glaubwürdig-

keitsverlust zu erleiden. Im Übrigen gelte auch im gegenwärtigen Zeitpunkt die 2004 durch **Peter Biesenbach** MdL für die **CDU** geäußerte Überzeugung fort, dass gerade in Zeiten personeller Engpässe rund um die Uhr erreichbare, in unmittelbarer Nähe zu einer Vollzugseinrichtung wohnende Beschäftigte eine unverzichtbare Sicherheitsreserve darstellen. **Wenn dieser Grundsatz nach dem Übergang der Regierungsverantwortung ohne für die Betroffenen erkennbare Gründe einfach aufgegeben werde, bedürfe es keiner seherischen Fähigkeiten, dass diese Entwicklung geeignet sei, die Vertrauenswürdigkeit und Verlässlichkeit der CDU massiv zu beeinträchtigen.**

Der **BSBD** hat zudem darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Entscheidung der Justizministerin das Institut der Sozialtherapie bei den zu erwartenden öffentlichen Auseinandersetzungen Schaden nehmen werde, weil absehbar sei, dass die Interessen der Wohnungsinhaber gegen die Notwendigkeit der Errichtung einer Sozialtherapie abgewogen werden würde. Eine solche öffentliche Diskussion werde mit großer Wahrscheinlichkeit die in der Öffentlichkeit sicherlich vorhandenen Vorbehalte und Vorurteile gegenüber einer sozialtherapeutischen Einrichtung verstärken, was weder im Interesse des Strafvollzuges, seiner Bediensteten, noch dem der Landesregierung liegen könne.

Den sich jetzt abzeichnenden Konflikt halte der BSBD im Übrigen für vermeidbar, weil noch nicht alle Regelungsalternativen erwogen worden seien. Wenn die Landesregierung in Vorbereitung auf ein noch zu erlassendes Strafvollzugsgesetz beabsichtige, ein Bauprogramm zur



Rolf Lensing (re.) macht Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter die Position der Anwohner der Krümmede klar.

Durchsetzung des Prinzips der Einzelunterbringung auch im geschlossenen Erwachsenenvollzug aufzulegen, dann finde dies ungeteilte Unterstützung des **BSBD**.

Zentralisierung der Sozialtherapie gefordert

Im Rahmen dieses Programms empfehle sich aus fachlicher Sicht allerdings die

Konzentration der derzeit auf sieben Vollzugseinrichtungen (für Erwachsene) verteilten Sozialtherapien an einem Standort. Hierdurch würden die fachlichen Ressourcen gebündelt und zudem die gegenwärtig vielfach anzutreffende Stigmatisierung der Gewalt- und Sexualstraftäter durch Mitgefängene vermieden. Vielfach seien Betroffene durch Mitgefängene derart eingeschüchtert, dass sie sich nicht trauten, sich durch die Teilnahme an einer therapeutischen Aufarbeitung als Sexualstraftäter zu outen. Zudem ließe sich die zwingend erforderliche Qualitätssicherung, die zurzeit mit einem unverhältnismäßig hohen personellen Aufwand verbunden ist, ganz wesentlich vereinfachen.

Eine solch zentrale Einrichtung, die zwischen 300 und 350 Plätze umfassen sollte, könne in der Region des Ruhrgebietes im Rahmen des Programms zur Schaffung neuer Haftplätze errichtet werden. Bei Aufgabe der dezentralen Sozialtherapien könnten die dann frei werdenden Haftplatzkontingente zur Entspannung der Belegungssituation im geschlossenen Erwachsenenvollzug genutzt werden. Außerdem ließe sich die gebotene wissenschaftliche Begleitung der Sozialtherapie wesentlich leichter organisieren.

Eine Abkehr von den Planungen der Justizministerin weise zudem den unschätzbaren Vorzug auf, dass keinerlei Zweifel an der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit sowohl der Landesregierung als auch der CDU aufkommen könnten. Insofern erwarte der BSBD, dass der Ministerpräsident den Abriss der Dienstwohnungen der JVA Bochum verhindere.

Als der Ministerpräsident am 24. Januar 2008 vor der WWZG-Bank vorfuhr, ergriff **BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel**



Im Solidaritätszelt vor der JVA Bochum wurden die nächsten Schritte zur Durchsetzung der Forderung nach Erhalt der Wohnungen engagiert diskutiert. Durch die von vielen Menschen und Institutionen bekundete Verbundenheit fühlen sich die Sprecher der Anwohner unterstützt und bestärkt.

die Gelegenheit, **Dr. Rüttgers** das Anliegen der Demonstranten persönlich vorzutragen. „Herr Ministerpräsident, die Lage im NRW-Strafvollzug ist überaus brisant. Die Entscheidung der Justizministerin, 68 Wohnungen abzureißen und 160 Menschen den Wohnraum zu nehmen, hat das „Fass jetzt zum Überlaufen gebracht“. Im Namen des **BSBD** und der Betroffenen bitte ich Sie, sich dieses Problems persönlich anzunehmen“.

Ministerpräsident **Dr. Jürgen Rüttgers** zeigte sich angetan von der Form der Wahrnehmung ihrer Interessen durch die Anwohnergemeinschaft und sicherte dem **BSBD**-Vorsitzenden zu, sich persönlich um die Angelegenheit kümmern zu wollen.

Justizministerin stellt sich den Demonstranten

Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** nahm die Gelegenheit wahr, um vor dem Gebäude der WZG-Bank unmittelbar mit den Vertretern der Anwohnergemeinschaft zu sprechen. **Rainer Fregonese** und **Rolf Lensing**, Sprecher der Anwohnergemeinschaft, nutzten die Gelegenheit der Justizministerin nochmals die Auffassungen der Betroffenen vorzustellen. Die Ministerin zeigte sich Gesprächsbereit und lud die beiden Sprecher zu einem intensiven Meinungsaustausch nach Düsseldorf ein, um die Möglichkeiten einer für beide Seiten akzeptablen Lösung zu eruieren.

Dieses Gespräch fand wenige Tage später statt, erbrachte allerdings kein Ergebnis, dass für die Anwohner annahmefähig gewesen wäre. Die Ministerin hat den Bewohnern der Krümme zwischenzeitlich ihre Sicht der Dinge schriftlich dargelegt und ein konkretes Angebot unterbreitet, das bis zum 31. März 2009 entweder angenommen oder abgelehnt werden kann.

Die Verwirrung ist komplett!!

Nachdem Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** in einen Brief an die „Bewohnerinnen und Bewohner der Krümme“ ausführlich dargelegt, dass sie hinsichtlich der Bochumer Wohnungen unter unauflöselichem Handlungsdruck stehe, da wurde in Bochum bekannt, dass die JVA Köln praktisch eine Bestandsgarantie für die dort vorhandenen Dienst- und Mietwohnungen erhalten hat. Damit, so die Betroffenen, sei die Verwirrung vollständig und komplett.

Wegen der besorgniserregenden Vorgänge in Bochum hatte sich der stv. Vorsitzende des Personalrates bei der JVA Köln und **BSBD**-Mandatsträger **Hans-Georg Klein** mit der Bitte um Auskunft an das Justizministerium gewandt. Erstaunlich schnell erhielt er aus dem Ministerbüro die fernmündliche Information, die Wohnungen bei der JVA Köln seien bis auf Weiteres in ihrem Bestand gesichert. Zuvor war das gar nicht so klar gewesen.

Da erhebt sich für die Bochumer Anwohnergemeinschaft doch die Frage, ist der Handlungsspielraum des Ministeriums

wirklich so gering wie immer glauben gemacht werden soll oder werden Alternativen zur sofortigen baulichen Erweiterung der JVA Bochum gar nicht mehr erwogen, weil dieses Vorhaben eine willkommene Gelegenheit zur „Liquidierung“ der Wohnungen darstellt? Weshalb werden bauliche Alternativen nicht gründlich geprüft, sondern sofort als unrealistisch verworfen, wenn es bei der JVA Köln auch anders zu gehen scheint?

Handlungsstrategien diskutiert

Am 9. Februar 2009 trafen sich die Sprecher der Bewohner der Krümme im sogenannten „Zelt der Solidarität“, um das weitere Vorgehen zu erörtern und zu planen. Nach eingehender Analyse der aktuellen Situation war es einhellige Auffassung, die Anstrengungen die Waagschale zugunsten der Bewohner ausschlagen zu

chen, eine möglichst breite öffentliche Wirkung zu erzielen, um das Festhalten des Ministeriums an einer für die meisten Bewohner inakzeptablen Position zu erschweren“. Einvernehmen wurde erzielt, die Öffentlichkeitsarbeit der Anwohnergemeinschaft erheblich auszuweiten. Ziel müsse es sein, wöchentlich mit neuen Presseerklärungen an die Medien heranzutreten. Erfreut konnten die Sprecher feststellen, dass das Interesse der Medien an dem Thema von Woche zu Woche signifikant zunimmt.

Einen bislang unbekanntem Aspekt brachte **Rolf Lensing** in die Diskussion ein, indem er darauf verwies, dass **die Fundamente des Hafthauses C von dem Baugrund augenscheinlich nicht mehr getragen werden**. Die Galerien in den Obergeschossen weisen bereits Baumängel auf, Fenster und Türen stehen unter Spannung. Setzt sich diese Entwicklung



Die Gäste des CDU-Neujahrsempfang mussten vor dem Erreichen des Veranstaltungsortes zunächst das Spalier der Demonstranten passieren.

lassen, nochmals deutlich zu intensivieren.

Nach dem gegenwärtigen Meinungsbild ist die weit überwiegende Mehrheit der Dienstwohnungsinhaber und der Mieter nicht bereit, das Angebot des Justizministeriums anzunehmen oder ernsthaft zu erwägen. Vielmehr soll der für den **26. Februar 2009** vorgesehene Besuch der Ministerin in der JVA Bochum zum Anlass genommen werden, nochmals das Unverständnis über die Ablehnung des Ministeriums auch Alternativen zur Errichtung einer Sozialtherapie in Betracht zu ziehen, in einer **machtvollen Demonstration** zum Ausdruck zu bringen.

Die Anwohner fühlen sich durch die Wirkungen, die ihr Widerstand bislang erzielt hat, bestärkt, ihre Aktionen fortzuführen und noch zu intensivieren. „Die in diesem Jahr anstehenden Wahlen“, so die Einschätzung eines Teilnehmers, „sollten wir für unsere Sache einsetzen und versu-

fort, ist zu befürchten, dass die Statik des Gebäudes über kurz oder lang bedroht erscheint. Schreitet dieser Prozess fort, wird das Land viel Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Baumängel zu beheben.

Die Anwohnergemeinschaft war sich in der Bewertung dieses Vorganges einig. Sie erwarten, dass eine aufwändige Gebäudesanierung den Widerstand gegen den Abriss der Wohnung sicherlich begünstigen könnte. Bei sehr hohen Sanierungskosten und einem unter Umständen problematischen Baugrund für die Errichtung der Sozialtherapie, könne eventuell das Land an die Grenze des finanziell Machbaren geraten.

Die hohe Solidarität der Anwohnergemeinschaft sorgt derzeit dafür, dass die überwiegende Mehrheit der Bewohner der Krümme gedenkt, das ihnen seitens des Justizministeriums unterbreitete Angebot abzulehnen.